

«Gemeinsam ist besser als einsam»

Regierungspräsident | Anton Schwingruber präsidiert 2010 zum dritten Mal den Luzerner Regierungsrat

Bildungs- und Kulturdirektor Anton Schwingruber präsidiert 2010 zum dritten Mal die Luzerner Regierung. Dem WB verriet er, wo er die Schwerpunkte setzt und was er in seiner letzten Legislatur noch realisieren will.

Nach dem Wechsel von Markus Dürr zu Guido Graf stehen Sie 2010 einem erneuerten Regierungsgremium vor. Aus

WB-Gespräch

Stefan Calivers

Ihrer persönlichen Erfahrung: Verändern solche Rochaden das Kollegium stark?

Anton Schwingruber: In einem Fünfergremium kann sich auch der Wechsel eines einzelnen Mitgliedes prägend auswirken. Bei Markus Dürr erhielten wir immer wieder eine «veterinär-sche Lehrstunde» (*lacht*). Bei Guido Graf könnte es Lektionen in Sachen Gemein-

«Stadt und Land sind zwei Paar Schuhe, zwei unterschiedliche Politikbereiche.»

Anton Schwingruber

depolitik geben. Jedes Mitglied setzt entsprechend seiner Herkunft und seinem Umfeld wieder andere Akzente.

Sie werden also die Aufgabe haben, möglichst nahtlos wieder ein schlagkräftiges Regierungsteam zu formen.

«Formen» lassen sich die Regierungsglieder nur schwer. Dafür sind sie alle zu starke Persönlichkeiten. Aber der Präsident wird in seiner Rolle als «Chef» akzeptiert, auch wenn er über keine speziellen Kompetenzen verfügt.

Haben Sie als Regierungspräsident spezielle Projekte?

Ich möchte einerseits die von meinem Vorgänger Max Pfister eingeführte Praxis fortführen, dass wir uns einen Halbtage pro Monat vertieft mit einem Schwerpunktthema befassen. Und einmal pro Monat wird der Gesamtregierungsrat – wie bei meinem letzten Präsidialjahr – irgendwo auf der Landschaft tagen. Denn die Stadt-Land-Thematik wird eine Herausforderung bleiben. Stadt und Land, das können wir nicht wegdiskutieren, sind zwei Paar Schuhe, zwei unterschiedliche Politikbereiche fast. Die Landschaft wird und muss sich anders entwickeln als die Zentren und die Agglomeration.

Da stehen in diesem Jahr gleich zwei Grossprojekte an: die Genehmigung des neuen Richtplans und die Revision des Finanzausgleichs. Sind kontroverse Debatten vorprogrammiert?

Beim Richtplan kaum. Zwar ist die Diskussion momentan auf die sogenannten Villenzonen fokussiert, emotional angeheizt sicher auch durch die gescheiterten Pläne der Obwaldner Regierung. Aber bei uns sind parkähnliche Zonen beispielsweise in Meggen oder Weggis längst Realität. Im Wesentlichen geht es bei der Raumplanung jedoch darum, dass sich die einzelnen Gemeinden noch mehr Gedanken machen, wie sie sich positionieren wollen. Und darum, dass man diese Fragen etwas grossräumiger betrachtet. Ich denke, dass im grossräumigeren Denken gerade für die Landschaft Chancen bestehen.

Also mehr Gemeindefusionen? In diese Richtung zielen ja auch die Anpassungen beim Finanzausgleich.

Ja, letztlich führt der Weg dorthin. Die Identität der Dörfer geht nicht verloren, wenn man die Verwaltungseinheiten grossräumiger organisiert. Wir wollen die kleinen Einheiten nicht «töten», sondern die Gemeinden stärken. Und da zeigt die Erfahrung, dass gemeinsam besser ist als einsam. Und dass Gemeindefusionen wirkungsvoller und demokratischer sind als eine ganze Reihe von Zusammenarbeitsverträgen. Eine Gemeindefusion ist doch für ein Dorf nicht identitätsstiftend. Viele Bürgerinnen und Bürger waren noch gar nicht dort.

Was aber, wenn eine schwache Gemeinde keinen starken Partner findet? Der Zusammenschluss zweier finanzschwacher Gemeinden macht doch keinen Sinn.

Zwei Kranke ergeben keinen Gesunden, das ist so. Das müsste man vielleicht noch grossräumiger denken und regionale Fusionen prüfen wie im Entlebuch. Oder neuerdings im mittleren Wiggertal. Aber es kann auch Situationen geben, wo eine Fusion tatsächlich keinen Sinn macht. Auch zu solchen «Sonderfällen» müssen wir stehen und sie entsprechend behandeln und stärker über den Finanzausgleich unterstützen. Allerdings: Es wird beim hochkomplizierten Finanzausgleich nie ein absolut gerechtes System geben.

Nach einigen fetten Jahren wird 2010 ein sogenanntes «Entlastungspaket» geschnürt. Das wird zu einem harten Verteilungskampf zwischen den Departementen führen. Belasten solche Auseinandersetzungen das Klima im Regierungskollegium?

Nein, wir haben im Regierungsrat eine sehr gut entwickelte Streitkultur. Da wird während den Sitzungen zwar hart für «seine» Sache gekämpft, aber nicht auf einer persönlichen Ebene, die zu ernststen Verstimmungen führen würde. Das gemeinsame Mittagessen nach der Regierungsratssitzung ist zwar nur ein Detail, aber für das Klima im Team enorm wichtig.

Wo konkret soll denn der Sparhebel angesetzt werden?

Zunächst: Wir müssen 2011 25 Millionen und 2012 35 Millionen einsparen. Das sind bei einem Haushalt von 3,5 Milliarden keine Beträge, die den Staat aus den Angeln heben. Aber weil viele Ausgaben gebunden sind, schenkt es bei den Betroffenen erheblich ein. Das kann bis zu zehn Prozent des Staatsbeitrages ausmachen. In meinem Departement betrifft es vor allem den Bereich der Hochschulen, der in den vergangenen Jahren das grösste Ausgabenwachstum verzeichnete.

Eine Radikalkur wie beim weitgehend gescheiterten Projekt «Reform 06» steht also nicht an?

Nein. Es bewährt sich jetzt, dass der Kanton Luzern seine Finanzpolitik auf Jahre hinaus geplant hat. Und es ist richtig, dass wir rechtzeitig Gegensteuer geben

«Die Entlastungspakete werden den Staat nicht aus den Angeln heben.»

Anton Schwingruber

und nicht wieder auf Pump zu leben beginnen und eine Neuverschuldung in Kauf nehmen.

Aber mit weiteren Steuersenkungen ist es vor der Hand wohl vorbei.

Ja, ich denke, da sind wir – vor allem mit der jüngsten Steuergesetzrevision – an einer Grenze angelangt. Wobei ich davon ausgehe, dass auch für unsere steuer-



«Die Identität der Dörfer geht nicht verloren, wenn man die Verwaltungseinheiten grossräumiger organisiert.»

Anton Schwingruber, Regierungspräsident

günstigen Nachbarkantone der Spielraum sehr eng geworden ist. Und das war ja unser grosses Problem. Die Annäherung an unsere Nachbarn ist gelungen, ohne dass das Steuersubstrat abgenommen hat.

Ihr drittes Regierungspräsidium ist wohl auch ihr letztes.

Davon ist auszugehen, ja.

Haben Sie noch Projekte, die Sie unbedingt realisieren wollen?

Im Departement die Fragen der Ein- und Ausgangsstufen der Schule, also die Themen Basisstufe und jahrgangsunabhängige Sekstufe. Diese Projekte möchte ich eigentlich in der laufenden Legislatur noch klären. Wenn sich jedoch in der Vernehmlassung eine Mehrheit dagegen ausspricht, muss ich das akzeptieren. Abschliessen möchte ich auch die Neuorganisation der Fachhochschule Zentralschweiz, also die Zusammenführung der fünf Teilschulen zu einer organisatorischen Einheit. Aber ich bin mir natürlich bewusst, dass ein Abgang ohne Pendenzen nie möglich ist.

Islam-Anerkennung: «Eine Phase des Dialogs»

Im Kanton Luzern stand, gestützt auf die neue Verfassung, ein Verfahren im Raum, das die Anerkennung des Islams als öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaft ermöglicht hätte. Wird dieses Vorhaben nach dem Ergebnis der Anti-Minarett-Abstimmung jetzt zurückgestellt?

Anton Schwingruber: Es geht noch nicht darum, ein Verfahren einzuleiten, um den Islam als Religionsgemeinschaft anzuerkennen. Sondern erst darum, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, um ein solches Verfahren überhaupt erst in Angriff nehmen zu können. Aber nun braucht es zuerst einmal eine Phase des Dialogs. Insofern bin ich über die aktuelle Situation gar nicht so unglücklich.

Inwiefern?

Weil die Minarett-Debatte nur eine Stellvertreterdiskussion für alle möglichen

Ängste und Probleme war. Ich begrüsse es, dass diese Themen jetzt diskutiert werden. Denn in der Politik sind viele Probleme schon zur Hälfte gelöst, wenn sie in breiten Bevölkerungskreisen zum Thema werden. Wir müssen uns jetzt diese Zeit für den Dialog nehmen, bevor wir uns an eine Gesetzesvorlage machen.

Greift der Kanton aktiv in diese Debatte ein?

Ja, wir müssen diese Fragen aktiv angehen. Denn wir haben ja einen entsprechenden Verfassungsauftrag. Wobei bisher auch kein anderer Kanton mit ähnlicher Verfassung ein entsprechendes Gesetz ausgearbeitet hat. Gefordert sind zunächst die islamischen Organisationen, sich zu formieren und sich der Diskussion zu stellen. Und erst nach dieser Phase des Dialogs – auch mit anderen Religionsgemeinschaften – ist die Zeit reif für ein Gesetz.